

**Davos und Zürich spannen zusammen**

Die Hochgebirgsklinik Davos (HGK) und das Kinderspital Zürich haben eine Kooperation vereinbart. Bei ihrer strategischen Neuausrichtung will dabei die Klinik in Davos vermehrt auf inländische Patientinnen und Patienten setzen.

Davos. – Seit dem 1. September wird insbesondere bei der Rehabilitation von Atemwegkrankungen und der zystischen Fibrose eng zusammengearbeitet. Der Vertrag sei ein wichtiger Schritt, schreibt die Hochgebirgsklinik in einer Medienmitteilung. Künftig sollen insbesondere mehr Schweizer Patienten von den Dienstleistungen profitieren können. Bisher war die Klinik auf deutsche Patienten ausgerichtet. Bei Atemwegkranken stehen besonders Kinder und Jugendliche im Zentrum.

Nach der Sanierung im Mai hatte die HGK einen Neustart als Rehabilitations- und Akutklinik für Pneumologie gemacht. Das Leistungsangebot umfasst neben der Pneumologie auch die Kinder- und Jugendmedizin, die Dermatologie, die geriatrische Rehabilitation und die Langzeitpflege. Der Stiftungsrat habe mit den schweizerischen Krankenkassen Tarifverträge abschliessen können, womit die Übernahme der Kosten durch Krankenkassen und IV-Versicherungen sichergestellt sei, heisst es weiter. (so)

**Sondermarke wird in Chur gefeiert**

Chur. – Heute Samstag betreibt die Schweizerische Post anlässlich der Ausgabe einer neuen Sondermarke ein Sonderpostamt im Churer Calvensaal. Den Sonderstempel gibt es an diesem Tag nur von 8 bis 17 Uhr. Wie der Philatelistenverein Raetia Chur mitteilt, handelt es sich um die Sonderedition «Lindauer Bote» beziehungsweise «Fussacher Bote», die an die älteste Transport- und Botenpostroute über die Alpen erinnert.

Der Verein unterstützt den Anlass mit einer Ausstellung unter anderem über die Postwege von Chur nach Mailand. Zudem wird der Gestalter Beat Leuenberger von 17 bis 18 Uhr Briefe für die Besucher signieren. Der Eintritt ist frei. (so)

**IN KÜRZE**

**Somaiinstrasse gesperrt.** Am Montag, 29. September, ist die Somaiinstrasse auf dem Abschnitt San Carlo bis Somaino von 9 bis 17 Uhr für jeglichen Verkehr gesperrt. Grund ist eine Sanierung des Abschnitts. (so)

**IMPRESSUM**

**DIE SÜDOSTSCHWEIZ**  
Unabhängige schweizerische Tageszeitung mit Regionalausgaben in den Kantonen Graubünden, Glarus, St. Gallen und Schwyz.

**Herausgeberin:** Somedia (Südostschweiz Presse und Print AG)  
**Verleger:** Hanspeter Lebrument  
**CEO:** Andrea Masüger  
**Redaktionsleitung:** David Sieber (Chefredaktor), Pieder Caminada, René Mehrmann (Stv. Chefredaktoren), Reto Furter (Leiter Region Graubünden), Rolf Hösli (Redaktion Glarus), Patrick Nigg (Überregionales), Thomas Senn (Redaktion Gaster/See), René Weber (Sport)  
**Abo- und Zustellservice:** Somedia, Kasernenstrasse 1, 7007 Chur, Telefon 0844 226 226, Fax 081 255 51 10, E-Mail abo@somedia.ch  
**Inserate:** Somedia Promotion

**Verbreitete Auflage** (Südostschweiz Gesamt): 81 786 Exemplare (Verlagsangaben)  
**Reichweite:** 167 000 Leser (IMACH-Basic 2014-2)  
Erscheint siebenmal wöchentlich

**Adresse:** Die Südostschweiz, Commercialstrasse 22, 7007 Chur, Telefon 081 255 50 50, Fax 081 255 51 02  
**E-Mail:** Regionalredaktion: redaktion-gr@suedostschweiz.ch; Redaktion Inland, Ausland: zentralredaktion@suedostschweiz.ch; Redaktion Bild: redaktion-bild@suedostschweiz.ch; Redaktion Kultur: kultur@suedostschweiz.ch; Redaktion Online: redaktion-online@suedostschweiz.ch; Redaktion Sport: redaktion-sport@suedostschweiz.ch; Redaktion Wirtschaft: wirtschaft@suedostschweiz.ch  
Ein ausführliches Impressum erscheint in der Diensttagsausgabe  
© Somedia

# Zweitwohnungen: Bürgerblock geschlossen auf Ständeratskurs

Die drei bürgerlichen Bündner Nationalräte Heinz Brand, Martin Candinas und Hansjörg Hassler werden in der Debatte der grossen Kammer über das Zweitwohnungsgesetz weitgehend die Linie des Ständerates verfechten.

Von Denise Alig

Bern/Chur. – Nachdem der Ständerat in der Debatte über das Zweitwohnungsgesetz vom Donnerstag nennenswerte Zugeständnisse an das Baugewerbe und die Tourismusregionen gemacht hat (Ausgabe von gestern), stellt sich die Frage, wie der Nationalrat die Vorlage beurteilt. Bestätigt er die kleine Kammer? Oder korrigiert er sie, vor dem Hintergrund, dass die Zweitwohnungsinitianten für den Fall einer Verabschiedung des aus ihrer Sicht verwässerten Gesetzes das Referendum angekündigt haben? Die «Südostschweiz» hat gestern bei den drei bürgerlichen Bündner Nationalräten Heinz Brand (SVP), Martin Candinas (CVP) und Hansjörg Hassler (BDP) nachgefragt.

**Brand hält an seinen Positionen fest**  
Heinz Brand wies darauf hin, dass er vor einem Jahr zusammen mit den Bündner Ständeräten Stefan Engler (CVP) und Martin Schmid (FDP) einen eigenen Gesetzesentwurf zur Umsetzung des fraglichen Verfassungsartikels präsentiert habe. «An den damals eingenommenen Positionen halte ich uneingeschränkt fest», so Brand. «Ich bin zudem keineswegs der Auffassung, dass der Ständerat ungebührliche Konzessionen eingegangen ist.» Dass die kleine Kammer den verfassungsmässigen möglichen Spielraum genutzt habe, sei legitim, betonte er. «Es war vielmehr Aufgabe des Ständerates, einen nicht zu Ende gedachten und unsorgfältig formulierten Verfassungsartikel in einem Ge-



Wie weiter mit dem Zweitwohnungsbau? Der Ständerat gibt aus der Sicht der bürgerlichen Bündner Nationalräte die richtige Richtung vor. Bild Marco Hartmann

setz zu konkretisieren.» Über den Erfolg eines möglichen Referendums mag er zum jetzigen Zeitpunkt nicht spekulieren. Brand unterstrich aber, dass im Falle einer Annahme des Referendums die derzeitige Übergangsregelung in Kraft bleibe beziehungsweise diese «sogar noch durch eine

bessere Übergangsverordnung ersetzt werden könnte».

**Candinas will mehr**  
«Der Ständerat hat gegenüber dem Baugewerbe und den Tourismusregionen ganz sicher nicht zu viele Zugeständnisse gemacht», erklärte auch

Martin Candinas. «Der Schutz des Altbestandes und die Erweiterung von bestehenden Zweitwohnungen waren nun wirklich dringend notwendig!» Alles andere käme laut Candinas einer Diskriminierung der Bergbevölkerung gleich. «Diese Entscheidung wäre auch wichtig, damit nicht auch noch Sanierungen von Erstwohnungen verhindert werden.» Sein Fazit: «Mindestens die Lösung Ständerat muss auch im Nationalrat durchgehen.» Persönlich wolle er aber mehr, betonte Candinas mit Verweis auf zusätzlichen Handlungsbedarf bei Wohnungen, die erst in Zukunft entstehen und später aufgegeben werden müssen. Ein Referendum fürchtet er nicht. «Wir werden der Bevölkerung erklären können, dass dieses Gesetz so richtig ist und wir die Bergdörfer nicht entleeren wollen.»

**Auch Hassler zieht voll mit**  
Und Hansjörg Hassler sagte: «Ich werde beim Zweitwohnungsgesetz im Wesentlichen dem Ständerat folgen.» Insbesondere unterstütze er die Besitzstandswahrung und die massvolle Erweiterung von bestehenden Zweitwohnungen. Ebenfalls gut finde er die Möglichkeit für Hotels, unter gewissen Bedingungen Zweitwohnungen bauen zu dürfen. «Wichtig ist für mich auch, dass eine Umnutzung zu Zweitwohnungen bei geschützten und erhaltenswerten Bauten möglich sein soll.» Insgesamt habe er den Eindruck, dass der Ständerat eine massvolle Lösung gefunden habe, die nicht über die bereits bestehende Verordnung des Bundesrates hinausgehe. In einem Punkt sei der Ständerat sogar restriktiver gewesen als der Bundesrat, nämlich beim Ausbau von unrentablen Hotels zu Zweitwohnungen. «Für unsere Bergregionen geht es in diesem Gesetz um sehr viel. Aber es ist auch wichtig, mit den Initianten im Dialog zu bleiben, um, wenn möglich zu einvernehmlichen Lösungen zu kommen», erklärte Hassler.

## In Flims-Laax hängt der Haussegen schief

Seit Monaten betonen sie ihren Kooperationswillen: die Zweitwohnungsbesitzer der Destination auf der einen, die Gemeinden und die Flims Laax Falera Management AG auf der anderen Seite. Doch einen gemeinsamen Weg finden sie nicht.

Von Jano Felice Pajarola

Flims/Laax/Falera. – Letztlich ohne Erfolg hat sie sich diesen Frühling gegen das geplante Gäste- und Tourismusgesetz der Destination zur Wehr gesetzt: die Interessengemeinschaft (IG) Zweitwohnungsbesitzer Flims Laax Falera. 550 Mitglieder zählt der im Januar gegründete Verein heute; 110 von ihnen haben sich letzten Samstag zu einer ausserordentlichen Versammlung eingefunden. Ein Grund: den Vorstand von einer repräsentativen Mitgliederzahl wählen zu lassen – Vertreter der Destinationsorganisation Flims Laax Falera Management AG und der Gemeinden hatten dessen Legitimation wiederholt infrage gestellt. So jedenfalls schreibt es der bestätigte IG-Präsident Reto Fehr in einer Mitteilung. Und er hält mit Kritik nicht hinter dem Berg.

**«Zusammenarbeit existiert nicht»**  
Eine Zusammenarbeit mit den Destinationsgemeinden und der Management AG existiere bislang nicht, moniert Fehr. Im Gegenteil: Seit Mitte Ja-

nuar gebe es keine neuen Informationen von dieser Seite, getroffen habe man sich ein einziges Mal, und Anfragen seitens der IG würden «wochenlang» nicht beantwortet. Auf Nachhaken des Vorstands hin hätten die Verantwortlichen weder zu einer möglichen Kooperation noch zu einer der Fragen etwas sagen können – was die IG dazu bewogen habe, sie nicht zur Versammlung einzuladen. In der Destination hängt der Haussegen weiter schief – obwohl beide Seiten seit der Abstimmung im Frühling wiederholt ihren Kooperationswillen betonten.

**«Mehrfach zusammengesessen»**  
Gegen die IG-Kritik wehrt sich Daniel Fischer, Verwaltungsratspräsident der Management AG. «Im Rahmen der Diskussion rund um die Tourismusfinanzierung sind wir und die Gemeindepräsidenten im Frühling mehrfach mit der IG zusammengesessen», widerspricht er Fehr. «Im Sommer hat sie uns dann eine Liste mit zahlreichen Fragen gestellt. Wir haben geantwortet, dass wir an der Arbeit sind, aber noch etwas Zeit brauchen.»

Zudem habe man der IG anboten, an deren Mitgliederversammlung präsent zu sein. «Wir haben mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass die Versammlung nun bereits stattgefunden hat», so Fischer. Davon erfahren habe er erst im Nachhinein.

Ziel der Management AG sei eine strategische Partnerschaft. Aber Verhalten und Tonalität der IG hätten die

Lust auf eine intensive Zusammenarbeit «deutlich geschmälert». Man habe entschieden, die IG derzeit nicht wie einst andiskutiert ins Aktionariat aufzunehmen.

Zuletzt betont Fischer allerdings: «Wir sind nach wie vor offen für eine Kooperation». Und was schreibt die IG? Kooperation mit den lokalen Behörden geniesse «hohe Priorität.»

INSERAT

**Die Einheitskasse kommt Sie teuer zu stehen.**



Einheitskasse in Frankreich:  
Das Defizit der staatlichen Krankenversicherung betrug 2013 rund 7,7 Milliarden Euro.  
Le Monde, 11. April 2014

**Darum am 28. September: NEIN zur Einheitskasse**

Erfahren Sie mehr:  
[www.1heitskasse-nein.ch](http://www.1heitskasse-nein.ch)